A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 27. Januar 1928 — Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5970—5999. Postscheck: Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Das Unterhaltungsblatt * Das neue Buch * Kraft und Stoff * Weltverkehr * Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang — Nr. 45 — 27. 1. m — 10 Pfennig

Zum Tage

Die neue Danziger Regierung hat im Volkstag ihre Politik gegenüber dem Völkerbund, Polen und dem Deutschen Reich dargelegt.

Der neue deutsche Botschafter in Washington, v. Prittwitz und Gaffron, hat dem Staatssekretär Kellogg einen Besuch abgestattet.

Auch die gestrige Ihrandebatte in der französischen Kammer ist ruhig verlaufen.

In der Haltung Italiens und Englands gegenüber Ungarn soll nach rumänischen und Londoner Meldungen ein Umschwung bevorstehen.

Anläßlich der auf heute festgesetzten Doppelhinrichtung in Cardiff wird mit Unruhen gerechnet.

Kompromiß zwischen Italien und Rumänien

Was Titulescu darüber sagt — Neudern Italien und England ihre Haltung gegenüber Ungarn?

fr. **Mailand**, 26. 1. (Eigenbericht)

Der rumänische Außenminister Titulescu hat heute über seine Besprechungen mit Mussolini die folgende Erklärung abgegeben:

„Ich kann feststellen, daß zwischen den Interessen Italiens und Rumäniens keine Gegensätze bestehen. Infolgedessen wird sich die bisherige Freundschaft festigen und zum Wohle Europas weiterentwickeln. **Eine Politik aufrichtiger und aktiver Zusammenarbeit zwischen Italien und Rumänien bietet keinen Widerspruch mehr zu den Interessen der Kleinen Entente.** Diese ist nach dem Kriege als ein notwendiges Instrument zur Lösung unmittelbar aufzuwerfender Fragen entstanden. Sie ist ein Bündnis zur Verteidigung des Friedens im Rahmen der Friedensverträge. Die italienisch-rumänische Freundschaft will ebenfalls den Frieden und den status quo aufrechterhalten und dient beider dem gleichen Zweck wie die Kleine Entente. Alles, was den Frieden auf dem Balkan führen könnte, berührt Rumänien aufs tiefste, und ich zögere daher nicht zu erklären, daß **das Vorhandensein eines freien und unabhängigen Albanien das sicherste Pfand für den Frieden auf dem Balkan ist.** Dies ist die traditionelle Politik Rumäniens. Ich spreche auch meine Ueberzeugung offen aus, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten beseitigt werden können, wenn ihre Erörterung den **großen gemeinsamen Interessen aller zivilisierten Nationen** unterbreitet wird. Italien ist ein Land, das in voller Entwicklung begriffen ist, und es stellt daher einen Faktor dar, mit dem die allgemeine Politik immer mehr zu rechnen hat. Ich fühle mich in meiner Ueberzeugung bestärkt, daß jedes Land dem besten Politik den Frieden und die eigene Würde anstreben, in Italien einen treuen und ergebenen Freund finden."

In dieser Erklärung Titulescus scheinen uns drei Punkte besonders bemerkenswert:

1. Italien hat seine Abneigung gegen die Kleine Entente aufgegeben, denn — wie Titulescu sagt — bestehen keine Gegensätze mehr zwischen ihr und der italienisch-rumänischen Freundschaft. Beide dienen der Aufrechterhaltung des status quo;

2. Rumänien macht die italienische Albanienpolitik mit (?);

3. Titulescu stellt der jugoslawischen Parole „Der Balkan den Balkanvölkern" die großen gemeinsamen Interessen aller zivilisierten Nationen entgegen.

Es ist ferner noch darauf hinzuweisen, daß **von Frankreich in dieser Erklärung überhaupt nicht die Rede ist.** Möglichkeiten setzt Titulescu in diesem Zusammenhang die französische Politik mit der der Kleinen Entente ein- fach gleich. Auf diese Weise würde dann — vorausgesetzt, daß die Interpretation, die Titulescu seinen Unterhaltungen mit Mussolini gibt, von diesem gebilligt wird — die Form dafür gefunden, daß Italien sich auch mit Frankreich verständigt, und zwar auf der Grundlage des Status quo in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Andererseits würde die Stellung Italiens gegenüber Ungarn und Bulgarien davon aufs stärkste betroffen.

*

sx. **London**, 26. 1. (Eigenbericht)

Die Bemühungen der italienischen Diplomatie, die Kleine Entente von ihren Investigationsabsichten in Ungarn abzubringen, finden in London wohlwollende Unterstützung. „Daily Telegraph" ist in der Lage, mitzuteilen, daß ein entsprechender Schritt in Paris geschehen sei. Die französische Regierung sei durch eine andere Macht in der Angelegenheit tätig geworden, über deren Name Ausdruck gebraucht, daß sie nicht in der Lage sei, einen direkten Druck in diesem Sinne in den Hauptstädten der Kleinen Entente auszuüben.

Tatsache ist jedenfalls, daß die von den Mitgliedstaaten der Kleinen Entente angekündigte Note bisher immer noch nicht zustandegekommen ist. Wie „Westminster Gazette" meldet, hat Italien auch Vorkehrungen mit Rumänien eingeleitet, Italien stellt in Aussicht, daß es keine Ungarn unterstützende Haltung in der Frage des ungarisch-rumänischen Streites um das agrarische Eigentum in Siebenbürgen dulden werde, falls Rumänien sich nicht dem Protest der Kleinen Entente in der Waffenschmuggelangelegenheit anschließe.

Sachlich wird von der Londoner City und von Freunden der ungarischen Aristokratie versucht, das Foreign Office zu einem beruhigenden Schritt in der Angelegenheit zu veranlassen, um den Kredit Ungarns nicht zu erschüttern. „Westminster Gazette" setzt hinzu, daß man in kontinentalen Kreisen mit Recht oder mit Unrecht weitgehend der Ansicht sei, daß Downingstreet in irgendeiner Weise auf Ungarn gegenüber der Kleinen Entente besänftigend einwirke. Diese Haltung von Downingstreet würde mit der angeblichen offiziellen britischen Sympathie für das safeistische Italien in Verbindung gebracht, eine Ansicht, die auf dem Kontinent weit verbreitet sei.

*

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Unterredung mit Dr. Jarres

Ein politisches Nachwort zum Separatistenprozeß — Innerpolitische Reinigung — Was will Frankreich noch im Rheinland? Schluß mit der Besetzung!

In dem Separatistenprozeß in Köln, über dessen sensationelles Ende wir berichtet haben, ist auch Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg als Zeuge vernommen worden. Wir haben deshalb Herrn Dr. Jarres, der zurzeit zur Teilnahme an Sitzungen des Preußischen Staatsrates in Berlin weilt, gebeten, der „DAZ" ein politisches Nachwort zu diesem Prozeß zu sagen. Was Herr Dr. Jarres, der frühere Vizekanzler und Reichsminister des Innern, der dann im ersten Wahlgange

Dr. Jarres

der Reichspräsidentenwahl die meisten Stimmen auf seine Person vereinigen konnte, in einer Unterredung mit unserem O.B.-Redaktionsmitglied über die außenpolitische Bedeutung des Prozesses ausführte, muß im Auslande nicht nur als Stimme eines führenden deutschen Politikers beachtet werden; da Herr Dr. Jarres Vorsitzender des Rheinischen Provinzial-Landtages ist und seit 1918 in vorderster Reihe des Kampfes um den Freien deutschen Rhein steht, dürfen seine außenpolitischen Aeußerungen als Stimme des gesamten Rheinlandes gelten. Auch für die innere Politik hat der Prozeß, wie Herr Dr. Jarres im einzelnen nachweist, die Bedeutung einer Luftreinigung.

Dr. Jarres führte folgendes aus:

„Der Prozeß Limbourg hat mit einer vernichtenden Niederlage der Gebrüder Limbourg und ihres Anhanges geendet. Wohl niemals in der Geschichte politischer Prozesse ist dreistes und unanständiges Auftreten im öffentlichen Leben so gerichtet worden wie hier. Als einzige Entschuldigung kann für den Privatklager, der in der Tat der Angeklagte war, und für seinen Bruder eine allen Beobachtern seit langem offenkundige pathologische Veranlagung gelten. Um eine Mitbeutung meiner Zeugenaussage zu vermeiden, lege ich Wert darauf, auch hier öffentlich anzuerkennen, daß ehrenwerte Mitglieder der Familie Limbourg von den drei belasteten Familienangehörigen schon vor Jahren deutlich abgerückt sind, sobald nämlich deren unmittelbarer Treiber tot war.

Ich sehe die Bedeutung des Prozesses in einer „Luftreinigung", wie Professor Grimm, einer der Verteidiger des angeklagten Redakteurs der „Kölnischen Zeitung", sich ausgedrückt hat, und zwar in innen- wie außenpolitischer Beziehung. In dem Prozeß sollten selbstverständlich die sachlich-politischen Gegensätze nicht verschleiert werden, welche in der sogenannten Rheinlandfrage unter den Parteien bestanden haben. Insbesondere blieb deutlich, daß die in der Arbeitsgemeinschaft des Rheinischen Provinzialtandtages vereinigten Gruppen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ebenso wenig wie die Sozialdemokraten die Erörterungen gebilligt haben, welche nach dem Waffenstillstand in rheinischen Kreisen über eine Aenderung der staatsrechtlichen Struktur am Rhein geführt worden sind. Auch über die Verhandlungen in der kritischen Zeiten des Jahres 1923 bleiben die alten sachlichen Meinungsverschiedenheiten.

Aber das eine steht erkenntlicherweise fest: daß jene Meinungsverschiedenheiten streng sachlicher Natur waren, daß jene Erörterungen in steter Verbindung mit Reichs- und Staatsregierung geführt worden sind und daß sämtliche beteiligten Parteien und Wirtschaftsgruppen in einmütigem Gegensatz zu dem Separatismus Dortenscher Richtung standen, welchen das Kölner Gericht als den „verächtlichen" Separatismus bezeichnet hat und den ich etwas deutlicher verbrecherischen Separatismus nenne.

Die Bedeutung des Kölner Prozesses liegt innerpolitisch in diesem ein- für allemal geklärten Tatbestand. Wer spätestens seit 1. Juni 1919 mit der unter dem Namen Dorten gebenden Bewegung zu tun hatte, gehört zu den in den Kölner Prozesse gerichteten Separatisten.

Außenpolitisch ist vom neuem einwandfrei festgestellt, daß jene Separatistenbewegung mit feindlichem Kapital und feindlichen Bestrebungen ermöglicht und gehalten worden ist. Diese Aufklärung kann ihren Eindruck auch im Auslande nicht verfehlen; fe ist eine Bestätigung des alten deutschen Standpunktes, welcher durch viele Zeugnisse, auch durch Aeußerungen von maßgebenden Angehörigen der Besatzungsmächte selbst, bereits bisher belegt war. Ueber diese Zusammenhänge hat übrigens der Vertreiger Professor Dr. Grimm vor dem Gericht eine sehr bemerkenswerte Denkschrift vorgelegt.

Deutschland hat auf Grund des Versailler Vertrages und der zwischenzeitlich getroffenen internationalen Abmachungen einen Rechtsanspruch auf alsbaldige völlige Räumung des noch besetzten Gebietes.

Wenn die Leitung der französischen Politik bisher noch geglaubt hat, auf Stimmungen und Verstimmungen im Rheinland rechnen zu können, um dort in irgendeiner Weise bleibend Fuß zu fassen, so wird sie der Auslegung dieses Prozesses belehren müssen, daß das deutsche Rheinland einmütig irgendeine Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurückweist.

Die Rheinlande verlangen die endliche Befreiung von der Besatzung, welche sie als vertragswidrig empfinden. Die Befreiung Europas wird dadurch verhindert, und das Ansehen der Besatzung selbst hat durch die blamablen Enthüllungen auch dieses Prozesses sicherlich nicht gewonnen."

Danziger Regierungserklärung

Die Stellung des Freistaates zu Genf, Warschau und Berlin

lz. **Danzig**, 26. 1. (Eigenbericht)

Zu Auftrage der neuen Regierung (Sozialdemokraten, Zentrum und Linksliberale) gab der Präsident des Senates heute im Danziger Volkstag eine Regierungserklärung ab, in der die Richtlinien der zukünftigen Regierungsführung dargelegt wurden. Der Senat sei auch in seiner neuen Zusammensetzung der Auffassung, daß für eine gedeihliche Entwicklung des Staates der vertraglich zugesicherte

Schutz des Völkerbundes

und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Völkerbund um seinen Generalkommissar vorwiegender Bedeutung sei. Die Regierung erwartet, daß der Völkerbund als Garant der Danziger Verfassung den Aenderungen dieser Verfassung, die nach der Ansicht der neuen Regierung sich als notwendig herausgestellt haben, seine Zustimmung nicht versagen werde. Der Senat werde alsbald den Volkstag verfassungsändernde Gesetze vorlegen.

Die neue Regierung werde bemüht sein, einen Fortschritt in der

Entwicklung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen

herbeizuführen, damit den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Staaten Genüge geschehen könne. Die Danziger Regierung erwarte, daß die politische Regierung die Worte ihres Außenministers in seinen letzten Ausführungen in die Tat umsetzen werde. Die Danziger Regierung stelle sich hierbei loyal auf den Boden der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Verhältnisse und der zur Durchführung dieses Vertrages zwischen Danzig und Polen geschlossenen Verträge und erwarte von der Regierung der Republik Polen, daß sie die staatliche Selbständigkeit und den übernommenen und allseitig anerkannten deutschen Charakter der Freien Stadt achte.

Zwischen dem Deutschen Reiche und Danzig

bestanden engste kulturelle und sehr bedeutsame wirtschaftliche Beziehungen, deren Erhaltung und Ausbau für den Senat selbstverständliche Pflicht sei und bleiben werde. Was bisher zwischen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen anbetreffe, so liege der Freien Stadt besonders daran, daß die Verhandlungen für das Deutsche Reich, die polnische Republik und die Freie Stadt Danzig befriedigend verlaufen. Die Danziger Regierung mißte ihrerseits Wert darauf legen, daß sie an diesen Verhandlungen Anteil habe, damit sie ihre lebenswichtigen Interessen wahren könne.

Woldemaras beim Kanzler und Außenminister zu Gast

Zu Ehren des litauischen Ministerpräsidenten Prof. Woldemaras und seiner Gattin gaben der Reichskanzler und Frau Marx heute abend ein Essen im Reichskanzlerpalais, an dem neben dem in Begleitung des Ministerpräsidenten befindlichen Gesandten Zaunius und dem hiesigen litauischen Gesandten Sidzikauskas der Staatssekretär Excellenz Hergt, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der preußische Handelsminister Dr. Schreiber und der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teilnahmen. Ferner waren erschienen die Staatssekretäre Dr. v. Schubert und Dr. Bünder, der deutsche Botschafter am Vatikan, v. Bergen, Reichsbankpräsident Dr. Schacht und die Direktoren v. Stauß, Gutmann und Goldschmidt.

Zu Ehren des litauischen Ministerpräsidenten fand außerdem gestern mittag in der Villa des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ein Frühstück statt, an dem u. a. der hiesige litauische Gesandte Sidzikauskas, Ministerialdirektor im litauischen Außenministerium, Zaunius, die Staatssekretäre v. Schubert und Meißner, Oberbürgermeister Dr. Böhm-Königsberg, mehrere Reichstagsabgeordnete, ferner eine Reihe von Mitgliedern der hiesigen litauischen Gesandtschaft und des Auswärtigen Amtes teilnahmen.

Die neue norwegische Regierung

Oslo, 26. 1.

Die neue von der Arbeiterpartei gebildete Regierung setzt sich wie folgt zusammen: Premier- und Finanzminister: Hornsrud; Auswärtige Angelegenheiten: Mull; Landwirtschaftsminister: Rygaardsvold, Warenhausangestellter; Justiz: Dalmbor, Rechtsanwalt; Kultus und Unterricht: Steinnes, Schuldirektor; Oeffentliche Arbeiten: Magnus Nilsen, Geldschmied; Soziale Angelegenheiten: Alfred Madsen, Gewerkschaftssekretär; Handel: Alnestad, Bäckermeister; Landesverteidigung: Monsen, Lehrer. Das Kabinett wird morgen offiziell ernannt werden.

Man rechnet in Cardiff mit Unruhen

Die Doppelhinrichtung auf heute festgesetzt

sx. **London**, 26. 1. (Eigenbericht)

Die für morgen angesetzte Hinrichtung der beiden Bergarbeiter Daniel Driscoll und Edward Rowlands in Cardiff nächst sich zu einer Sacco- und Vanzetti-Affäre aus. Wie gemeldet, hat Sir Austen Chamberlain als stellvertretender Innenminister entschieden, dem König nicht die Begnadigung vorzuschlagen, obwohl mehr als 400 000 Unterschriften für eine Petition in den Heimatbezirken der beiden Verurteilten gesammelt waren. Den Geschworenen selbst sind jetzt Zweifel an dem von ihnen gefällten Spruch gekommen.

Von den 12 Geschworenen haben 8 eine Petition unterzeichnet, die in letzter Stunde um Begnadigung bittet. Zwei Geschworene brachten diese Petition heute nachmittag persönlich nach London und begaben sich gemeinsam mit dem ältesten Mitglied des Unterhauses L. P. O'Connor in das Innenministerium, wo sie jedoch nicht empfangen wurden, da ihre amtliche Eigenschaft als Geschworene beendet ist. Die Petition wurde von O'Connor dem Privatsekretär des Innenministers übergeben. Nach Lage der Dinge ist mit einer Begnadigung kaum noch zu rechnen.

Der Fall hat sich dadurch kompliziert, daß der dritte Angeklagte, der Bruder Rowlands, der ebenfalls zum Tode verurteilt worden war, inzwischen in eine Irrenanstalt übergeführt worden ist. Von allen drei Angeklagten hat jedoch nur dieser zugegeben, den Berufsfußballspieler Lewis mit einem Rasiermesser verletzt zu haben. Lewis ist an den Verwundungen dann gestorben. Die beiden anderen haben von Anfang an jede Beteiligung geleugnet, wogegen jedoch die Zeugenaussage eines Schutzmanns vorlag. Die Leiche war von drei Aerzten untersucht worden, wovon jedoch nur einer vor Gericht vernommen worden ist. Dieser hat den Tod auf die Messerwunden zurückgeführt. Die beiden anderen Aerzte bekundeten jedoch, daß die Wunden als solche nicht lebensgefährlicher Natur gewesen seien, und daß der Tod durch eine Komplikation, die zu einem Herzschlag geführt habe, eingetreten sei.

Nach dieser Ansicht würde, selbst wenn die beiden morgen früh Hinzurichtenden an dem Ueberfall beteiligt waren, der Tatbestand des Mordes nicht vorgegeben haben.

In Cardiff herrscht unter der Bevölkerung starke Erregung. Die Polizei hat die Zeugen des Prozesses gewarnt, sich in den nächsten Tagen nicht aus ihren Häusern zu begeben. Um das Gefängnis herum sind quer über die Straße Absperrungen errichtet. Der Henker ist unter Polizeischutz gestellt worden. Die Feuerwehr hat Befehl erhalten, sich für den Fall bereitzuhalten, daß bei den zu erwartenden Menschenansammlungen Unruhen entstehen.

Poincaré und Dubois zum Dawesplan

Ruhiger Verlauf der gestrigen Kammerdebatte

a. **Paris**, 26. 1. (Eigenbericht)

In der Kammer fand heute die Fortsetzung der großen Finanzdebatte statt, die im allgemeinen noch weniger Interesse bot als die Verhandlungen des ersten Tages. Kaum 60 Abgeordnete waren anwesend.

Interessant wurde erst die Debatte, als der radikalsozialistische Abgeordnete Pietri, ehemaliger Unterstaatssekretär im Finanzministerium, ein begeisterter Anhänger Caillaux', das Thema der Stabilisierung eingehend behandelte. Pietri hält es für ganz ausgeschlossen, daß eine Revalorisierung des Franken über den augenblicklichen Kurs von 124 Franken für das Pfund hinaus möglich ist. Jedes weitere Sinken des Pfundes um nur 5 Punkte würde eine steuerliche

Mehrbelastung von 1 Milliarde Franken

bedeuten und eine vollkommene Lähmung der Wirtschaft zur Folge haben. Als der Redner sich gegen die prinzipielle sozialistische Forderung der Kapitalbesteuerung wendet, macht Leon Blum den Zuruf, daß die Kapitalsteuer von den Sozialisten nicht mehr als Vorbedingung für die Stabilisierung des Frankes betrachtet würde.

Hierauf ergriff der ehemalige Präsident der Reparationskommission Dubois zu einer ungeheuer weitschweifigen Rede das Wort, in der er mit allen möglichen Einzelheiten, von den

14 Punkten Wilsons

angefangen bis zur Gegenwart, alle Phasen des Reparationsproblems behandelte. Die Ausführungen waren nicht nur rein elaborativ, sondern überaus trocken. Nur aus seinen Schlußbemerkungen ist anzuführen, daß nach der Auffassung Dubois' der Dawes-Plan die deutschen Reparationsverpflichtungen beträchtlich vermindert habe.

Poincaré rief sofort: „Das ist nicht richtig."

Dubois: „Nun ja, der Dawes-Plan hat aber wenigstens die Jahreszahlungen herabgesetzt."

Die Debatte wurde hierauf auf Freitagnachmittag vertagt.

Noch kein Nachfolger Niedners ernannt

Der Reichsrat sollte sich am Donnerstag mit der Frage der Neubesetzung des Vorsitzes im 4. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigen. Den der zurückgetretene Senatspräsident Niedner innegehabt hatte. Als Nachfolger Niedners ist sein bisheriger Stellvertreter Lorenz in Aussicht genommen. Auf der Linken wurden gegen ihn bereits die gleichen politischen Angriffe erhoben, die Niedner zum Weichen gebracht haben. In der Sitzung des Reichsrats wurde die Angelegenheit überraschenderweise von der Tagesordnung abgesetzt. Wie wir hören, geht diese Maßnahme auf preußischen Antrag zurück. Es ist wünschenswert, daß man über die Gründe der Verschleppung dieser Angelegenheit näheres erfährt.

Noch dürfen die Splitterparteien hoffen

Langsamer Gang der Abwehr-Besprechungen

Die angekündigte interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien über Maßnahmen gegen die Splitterparteien war nur von kurzer Dauer und hatte noch kein positives Ergebnis. Es wurde lediglich festgestellt, daß in den vorangegangenen Besprechungen der Geschäftsführer der Parteien eine Diskussionsgrundlage gefunden sei. Bestimmte Einzelmaßnahmen sind noch nicht ins Auge gefaßt. Hierüber soll erst in den Fraktionen verhandelt werden. Voraussichtlich werden dann erneut die Koalitionsführer miteinander Fühlung nehmen, und erst in der nächsten Woche sollen Vertreter aller Parteien mit Vertretern der Regierung zur endgültigen Entscheidung darüber zusammentreten, ob und welche Schritte zu unternehmen sind.

Im Vorbergrund der Erwägungen steht der Vorschlag, die Kosten für den Stimmzettel den Parteien aufzuerlegen. Aber selbst dieser Teilplan stößt auf Bedenken; denn er würde — was die bisher vom staatlichen Apparat besorgte kostenlose Verteilung der Stimmzettel anlangt — auch den heute bestehenden Parteien große organisatorische Schwierigkeiten auferlegen, und er würde hinsichtlich der Druckkosten kaum seinen Zweck erreichen, denn die sind so gering, daß sie kaum einen Parteigründer abschrecken würden. Weiter ist erwogen, zwar nicht die Wahlkreisverbände aufzulösen (deren interne Stimmenverrechnung man für durchaus unerwünscht hält, weil sonst alle Reststimmen der Reichsliste zufließen würden), wohl aber die Bestimmungen des § 32 des Reichswahlgesetzes so zu fassen, daß auf Reichsliste nicht mehr Mandate durch Verrechnung gewonnen werden können, als in Einzelwahlkreisen gewonnen sind. Eine Splitterpartei also, die in keinem Einzelwahlkreis mehr Stimmen als 60 000 erreicht, erhält auch dann kein Reichslistenmandat, wenn sie selbst in einem Wahlkreisverband infolge der dortigen Verrechnung einen Sitz davontragen sollte.

Man sieht, die Sachen sind sehr kompliziert. Das Reichsinnenministerium wird erst die Klärung innerhalb der Parteien und deren etwaige Vorschläge abwarten, ehe es von sich aus die Initiative ergreift. Zumal der Reichstag bekanntlich noch Zeit hat.

*

In den Fraktionen, die Donnerstag abend zum Teil Sitzungen abhielten, wurden weniger die Fragen der Wahlreform als vielmehr noch immer die Sorgen der Landwirtschaft besprochen. Trotz der im Haushaltsausschuß angenommenen Anträge ist dieser Fragenkomplex noch immer nicht völlig abgeschlossen. Es besteht die Absicht, die bisherigen Maßnahmen erneuerte nochmals zu überprüfen bzw. sie zu erweitern, so zugunsten der kleinbäuerlichen Betriebe. Die ursprünglich vorgeschlagene Uebernahme der Rentenbankgrundschuldzinsen auf das Reich gilt nunmehr als endgültig erledigt, nachdem das Kabinett sie am Mittwoch einmütig abgelehnt hat.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	26. 1.	25. 1.
Tägl. Geld	4 ½	4 ½
Bankdiskont		
30 Tage? B	3 ¾	3 ¾
60 „ „ B	3 ¾	3 ¾
90 „ „ B	3 ¾	3 ¾
Kurzfr. Bankfeiertage	3 ½	3 ½
Monatsgeld Kurz	4 ½	4 ½
Nr. Schatzbr.	2 ½	2 ½
Wechselkurse		
London 60 T.	4,83⅞	4,83⅞
Paris	3,93¾	3,94
Brüssel	13,93½	13,93
Amsterdam	40,34	40,35
Zürich	19,26	19,26½
Oslo	26,61	26,60½
Kopenhagen	26,78½	26,78
Prag	2,961	2,961
Rom	5,29½	5,29½
Madrid	16,64	16,67
Athen	5¼	5¼

New Yorker Börse

	26. 1.	25. 1.
Anthrazit & Chic.	114½	114½
Atlantic Coast Line	175	175
Chesapeake & Ohio	194	197 ¾
Chicago Milwaukee	73	73 ¼
Erie	61	61 ½
Illinois Central	119 ¾	119 ¾
Pennsylvania	65	64
Reading	80 ¾	80 ¾
Southern Pacific	121 ½	121
Southern Railway	121	121 ¼
Bethl. Steels	57 ¾	57 ½
General Electric	131 ¾	131 ¾
General Motors	134 ½	133
Allgemeine Chemie	249 ¾	249 ¾
Intern. Harvester	238	238 ½
Standard Oil N. J.	39	39 ¼
Studebaker	58	58 ¼
U. S. Steel	165 ¼	165 ¾
U. S. Leath. Pfer.	92 ¾	92 ¾
U. S. Leath. Kl. Kl.	101 ¼	101 ¼
U. A. E. G. 1945		

	26. 1.	25. 1.
Anfang & Chic.	21 ¾	21 ¾
Canad. Pacific	149 ¾	149 ¾
Jantar		
Kurz	13,46	13,44
Rai	13,27	13,30
Jantar	13,07	13,07
Sept.	13,05	13,07
Mexikanische Jantar	18,40	18,50
Kurz	18,30	18,5
Rai	18,30	18,5
Juli	18,27	17,99
Sept.	18,13	17,82
Zucker	18 000	18 000
Kupfer stetig	14	14
30-90 Tage	14,30	14,30
Kurz	14,75	15
Blei	6,50	6,50
Zinn	40,50	40,50
Kohlenpreis p. Tonne	21,91	21,91

	26. 1.	25. 1.
Weizen Mai	135	135
Juli	130	130
Mais Mai	87 ¾	87 ¾
Juli	88	88
Hafer Mai	54	54
Juli	55	55
Roggen Mai	119	119
Juli	109 ½	109 ½
Schmalz Jan.	11,85	11,82 ½

	26. 1.	25. 1.
Pork Jan.	11,90	11,95
Rippen Jantar	11,15	11,15
Kurz	11,25	11,25
Lieferungspreise		
Weizen Jantar	1,35	1,35
Kurz	1,35	1,35
Mais Jantar	0,87	0,87
Kurz	0,88	0,88
Hafer Jantar	0,54	0,54
Kurz	0,55	0,55
Roggen Jantar	1,19	1,19
Kurz	1,09	1,09
Schmalz Jantar	11,85	11,85
Kurz	11,92	11,92
Speck Jantar	7,50	7,50
Kurz	7,50	7,50
Zucker Jantar	3,90	3,90
Kurz	3,90	3,90
Kaffee Jantar	6,00	6,00
Kurz	6,00	6,00
Baumwolle Jantar	17,30	17,30
Kurz	17,30	17,30
Kupfer Jantar	14,00	14,00
Kurz	14,00	14,00
Zinn Jantar	40,50	40,50
Kurz	40,50	40,50
Blei Jantar	6,50	6,50
Kurz	6,50	6,50
Zink Jantar	6,50	6,50
Kurz	6,50	6,50
Zinn Jantar	40,50	40,50
Kurz	40,50	40,50